

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Für und gegen Europa

Den deutschen sozialistischen Ursprung und die marxistische Begründung der ökonomischen Einigung von Kontinentaleuropa hat der Verfasser dieses Zeitschriften-Spiegels eben in den *Frankfurter Hefen* (7) unter dem Titel *Bolschewismus oder revolutionärer Revisionismus?* so konzentriert dargestellt, daß es genügen dürfte, Leser der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* auf diesen Beitrag zu verweisen. Ich setze ihn in der folgenden Auseinandersetzung mit einer Europadiskussion voraus, die französische und englische Sozialisten in der *Tribune des Peuples* (3) führen. Lesern dieser Zeitschrift ist außerdem aus meinem und anderen Beiträgen, die hier erschienen sind, bekannt, daß die moderne, ökonomisch begründete Europa-bewegung von den *Sozialistischen Monatsheften* ausgeht, daß ihr seit ungefähr 1900 mehrere Generationen deutscher Sozialisten unermüdlich unter der Führung von *Joseph Bloch* gedient haben und daß auch Politiker der damals jungen Generation, wie *Carl Mierendorff* und *Walther Pahl*, zuletzt noch dazugekommen sind.

Auf die geistesgeschichtliche Entwicklung der Europaidee hinzuweisen hat aber keineswegs rechthaberische Gründe. Wo immer man eine Diskussion dieser großen Zeitfrage begegnet, bewirkt die Unkenntnis ihrer Vergangenheit kreischende Dissonanzen der Gedankenführung. Die Vergangenheit selbst wird zitiert, aber derart verzerrt, daß die vorgebrachten Argumente wertlos werden. Wir werden das gleich an Beispielen sehen. Zunächst ein Wort über diese Zeitschrift selbst, die ich hier schon einmal zitiert habe. Eine zweimonatliche, vielleicht bald einmonatliche Tribüne zur Konfrontation sozialistischer Theorien und politischer Konzeptionen vor allem französischer und englischer Sozialisten, die sich als „Linke“ bezeichnen, könnte dem heutigen geistigen Bedürfnis Dienste leisten. Leider gehört ein maßgebender Teil der Mitarbeiter zu jenen sozialistischen Intellektuellen, die ihre Gestrige- und Vorgestrigkeit schon mit der Etikettierung als „Linke“ verraten. Hat sich in ihren Kreisen noch nicht herumgesprochen, wie überholt und sinnentleert die Begriffe Rechts und Links geworden sind? Man kann diese Formeln nicht immer meiden; macht man sie aber zum Programm, so muß man ihnen einen neuen Inhalt geben. Das Programm einer neuen Linkspolitik ist vielleicht im Werden. Von allen Seiten wird ein Beitrag dazu geleistet. Der Hauptbeitrag fehlt aber noch, besonders in Frankreich und England: die Entschlackung dieses Wortes von den Residuen des Vulgärmarxismus und Vul-

gärradikalismus, die mit einem Fuß im konter-revolutionären Bolschewismus stecken und mit dem anderen im liberalistischen Angelsachsen-tum. Daher die Unfähigkeit zu einem sozialistischen Programm, zu einer sozialistischen Außenpolitik; die Bereitschaft, abwechselnd auf bolschewistische, britisch-imperialistische, amerikanisch-imperialistische Konzeptionen zu ver-fallen, ohne ihren Widerspruch oder ihre Ähn-lichkeit zu bemerken. Immerhin gibt es rüh-mliche Ausnahmen, und wenn auch von den sieben Europabeiträgen sechs negativ sind, so ist wenigstens der siebente ausgezeichnet. *Alain Berger* und *Georges Suffert* haben in einer ge-meinsamen, 12 Seiten langen Studie das Pro und Kontra der Alternativen so knapp und schlagend dargestellt, wie es vielleicht nur die Klarheit des französischen Denkens und Schrei-bens zustande bringt.

Welche Bedeutung hat es nun, daß allen sieben Beiträgen und acht Mitarbeitern jegliche Kenntnis davon fehlt, daß alle von ihnen be-handelten Prinzipien und Grundfragen in den *Sozialistischen Monatsheften* von 1918 bis 1933 mit unübertretbarer Gründlichkeit geklärt wor-den sind. Auf den Kenner dieser Zeit wirkt es merkwürdig, daß alle längst erledigten Argu-mentationen neu auftauchen, von einigen Mit-arbeitern hilflos, von anderen persönlich be-handelt werden. Von bedauerlicher Europa-ignoranz ist *Konni Zilliacus*. Die Einigung Europas war für ihn der Realisierung am nächsten, als der *Locarno-Vertrag* geschlossen wurde! Er zitiert Lord d'Abernon, offenbar ohne zu wissen, daß der britische Botschafter in Berlin der geistige Schöpfer dieses Vertrags-werks war; aber er zitiert nur das Wort, daß Deutschland durch die Eingliederung in eine Westallianz der kommunistischen Propaganda Widerstand leisten werde. Wichtiger ist, daß d'Abernon den Vertrag als ein diplomatisches Instrument schuf und pries, das England zum Schiedsrichter Europas mache, mit anderen Worten zum Nutznießer deutsch-französischer oder deutsch-russischer Gegensätze. Drollig ist auch, daß Zilliacus, Loucheur und Rechberg, 72 Seiten später *Gilles Martinet* im gleichen Heft, Loucheur, Laurent, Bosch und Vogler und überhaupt die imperialistische französische und deutsche Bourgeoisie zu „Urhebern“ der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation machen. Beide wissen nicht, wieviel früher und wie vergeblich deutsche Sozialisten dieses Ziel auf-stellten, um die Reparation durch Föderation zu begleichen und dem europäischen Sozialis-mus ein *Terrain* der Entfaltung in mehr als „einem Lande“ zu bieten. Ist man Marxist, und das wollen die französischen „Linken“ gewiß sein, so kann man doch nicht die Bedeutung ökonomischer Konzentration, selbstverständlich auch kapitalistischer, für das dialektische Wachstum der Produktivkräfte verkennen. Nun

gar gegen dieses werdende Europa als Kronzeugen und Warnmal Hitler zu beschwören, ist so billig, daß sich eine Antwort an Zilliacus erübrigt.

Überhaupt ist die Frage, ob schon unter dem Kapitalismus für Sozialisten ein Interesse an einem geeinigten, kleineren oder größeren Europa besteht, falsch gestellt. Man findet sie bei *Claude Bourdet*, in einem Artikel über den kalten Krieg im gleichen Heft; er bestreitet, daß die Verknüpfung mehrerer Staatswirtschaften ökonomisch fortschrittlich sei. Als ob es nicht Produktionsgebote gäbe, denen sich weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Wirtschaft entziehen kann. Bourdets Argument mit den kleinen „Muster“staaten wie der Schweiz, den skandinavischen Ländern ist abgestandener Liberalismus; als ob die Prosperität der Kleinen nicht in direkter Relation zum Bedarf der Großen und zu ihrer Kolonialexpansion stehen würde. Und natürlich wird nun auch die Frage „mit“ oder „ohne“ England immer wieder gestellt, so lang auch ihr Bart ist. Komisch mutet es an, daß im gleichen Heft Franzosen wie *Edouard Depieux* die englische Beteiligung fordern, während englische Mitarbeiter wie *Kenneth Younger* hervorheben, daß *niemand* in England, Sozialist oder nicht, in Versuchung gerät, sich dem europäischen Föderalismus anzuschließen. Was soll da das verständnislose Bedauern oder die törichte Behauptung, daß die Kontinentalpolitik England „ausschließt“, die *Paul Vignaux* wiederholt. *Younger* sagt ganz richtig, daß eine Teilnahme Englands das Ende des Commonwealth wäre; und das ist doch das letzte, was wir wünschen könnten.

Mit erfrischender Entschiedenheit stellen *Alain Berger* und *Georges Suffert* fest, daß alle europäische Stabilisierung von den deutsch-französischen Beziehungen abhängt. Frankreich muß die Wiederherstellung der deutschen Einheit anstreben, um sie nicht Rußland zu überlassen. Kein Weltfrieden ist möglich, wenn die deutsch-französische Verständigung in der Schwebe bleibt. Europa muß weniger zum Schutz vor Fehlern der amerikanischen Außenpolitik als vor den Folgen ihrer *Wirtschaftspolitik* gebildet werden. Amerikas Bestrebungen, die Hand auf alle Rohstoffe der freien Welt zu legen, sind für Europa ebenso beunruhigend wie für die künftig autonomen Kolonialländer. Die Gefahr der Dollarknappheit könne nur durch eine ökonomische Integration Europas zum Schutz vor dem amerikanischen Weltdumping gebannt werden. Alle Konzeptionen einer unabhängigen Politik seien nichtig, solange die Wirtschaft nicht unabhängiger wird. Weder Deutschland noch Frankreich könnten mit der ökonomischen Entwicklung Amerikas oder Rußlands Schritt halten; sehr natürlich, weil „Länder“ nicht mehr mit „Imperien“ konkurrieren können; dieser Be-

griff fehlt freilich *Berger-Suffert*, weil leider auch ihnen die Originalkonzeption der Kontinentalpolitik unbekannt ist. Und schließlich die wichtigste und richtigste Bemerkung dieses Artikels, daß die Position des Sozialismus in einem europäischen Ganzen weit stärker sein werde als in nationalen Einheiten. Ich glaube, daß die beiden. Verfasser auch darin recht haben, daß Rußland das vielleicht nur in Fragmenten Vereinigte Europa hinnehmen werde, weil Amerikas Einfluß darauf geringer sein wird.

Sehr skeptisch ist auch die Haltung von *Esprit* zum Vereinigten Europa. Eine Kenntnis der sozialistischen Konzeption von Europa als einem untrennbaren Teil der *Fünf Imperien* ist bei den Linksinтеллектуellen dieser Zeitschrift gleich null; leider! Leistet sie doch auf so vielen anderen Gebieten Hervorragendes. Daher ihr Manko, keine eigene Position zwischen bolschewistischem Vulgärmarxismus und angelsächsischem Liberalismus zu besitzen. Im Heft 4 nimmt der Chefredakteur *Jean-Marie Domenach* gegen Europa mit den bekannten „Links“-Argumenten Stellung. Er kämpft gegen das „falsche“ Europa für das „richtige“; nur schwimmt eben das „richtige“ in den Wolken, während das „falsche“ so falsch nicht ist und durch sozialistische Mitarbeit wesentlich berichtigt werden könnte. Sonderbar ist auch, daß diese „Links“-Sozialisten auf England warten wollen, das zunächst das England Churchills ist, und auch auf Schweden warten würden, wenn dort die bürgerliche Sammlung zur Regierung käme.

Der Schweizer Bauernkrieg

In diesem Jahr der Jubiläen wird die Schweiz fast allmonatlich an ihre Entstehungsgeschichte gemahnt, das heißt aber auch an ihre Krisen und deren Überwindung. 300 Jahre sind seit dem Schweizer Bauernkrieg vergangen, der dem Namen nach die Erinnerung an die gewaltigen deutschen und französischen Bauernkriege weckt, mit ihnen aber nicht einmal das Kampf objekt gemein hat. Die deutschen Bauernkriege des 16. Jahrhunderts wurden gegen die Fürsten und Feudalherren geliefert, sie bedeuten weniger ein Datum als einen Abgrund der deutschen Geschichte, während der Schweizer Bauernkrieg zwischen Land und Stadt, vielmehr gegen einige Städte (Bern, Luzern) geführt wurde und keine tiefen Wunden hinterlassen hat. Eine Studie von Professor *Albert Mühlebach* in der führenden landwirtschaftlichen Zeitschrift der Schweiz, der *Agrarpolitischen Revue* (84), begründet seine Entstehung und seine Folgen und zeigt dem ausländischen Leser, daß sich auch agrarpolitisch die Verhältnisse der Schweiz mit keinem anderen Lande vergleichen lassen.

Wesentlich ist in der Schweizer Geschichte, daß Revolutionen und Anlässe zu ihnen fehlen. *Heinrich Heine* hat als erster eine großartige Linie von den Bauernkriegen Deutschlands zum Sturm auf die Bastille und zur dauernden Revolutionierung Europas gezogen. Unmöglich wäre es, in diese Linie den schweizerischen Bauernkrieg einzubeziehen. Während sich in anderen Ländern und zu anderen Zeiten die Bauern erhoben, weil sie hungrig und landhungrig waren, stellten sie in der Schweiz keine Bodenforderungen. Sie kämpften für Wirtschafts-, Standes- und staatspolitische Rechte. Sie kämpften für keinen revolutionären Umsturz, sondern für die *Wiederherstellung des Geschichtlichen*, gegen die ökonomische und staatspolitische Entwicklung, gegen die Verletzung der Gleichheitsrechte, die im gründenden Bundesbrief von 1291 allen Leuten der Talschaften zugesichert worden waren und die, mit gewissen Ausnahmen, wie Jagdrechten, auch respektiert worden waren.

Die Entwicklung der Städte führte aber seit der Reform zu folgenden drei Neuerungen: Staat und Wirtschaft wurden zentralistisch; die Herrschaft in den Städten ging auf aristokratische Familienverbände und Zünfte über; die Städte hatten von den deutschen und österreichischen Fürsten Untertanengebiete durch Kauf oder Eroberung an sich gebracht, deren Bewohner nicht Eidgenossen waren und von den Städten und Herrschaften als Untertanen ohne Selbstverwaltung und Gleichberechtigung regiert wurden. Diese Untertanenschaften hörten in der Schweiz erst nach 1830 völlig auf. Heute ist nur noch die Schweizer Frau untertan. War aber nun einmal eine Ungleichheit zwischen Stadt und Untertanenland herrschendes Recht geworden, so führte es auch zur Rechtsminderung des Landes und der Bauernschaft überhaupt. Unrecht wirkt eben ansteckend. Dagegen kämpften die Bauern von 1653 an. Sie unterlagen, weil die ökonomische und politische Konzentration der Städte zeitgemäßer war und nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte.

Die Entrechtung der Bauern führte nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges zu Explosionen, als in der Wirtschaftskrise, die der Prosperität der Schweizer Kriegsgewinnjahre folgte, die Städte durch deflationistische Maßnahmen in der Art der Mächtigen die Krise auf Kosten der Bauern zu lösen suchten. Da realisierte der Bauer die seit einem Jahrhundert eingerissene Rechtsungleichheit als Ursache seiner Schlechterstellung, berief sich auf seinen Ahnherrn Teil, griff zu den Waffen, wurde geschlagen und erlitt alle Folgen eines Rachefriedens. Da die Schweiz aber ein Gleichgewicht von Landwirtschaft und Industrie bzw. Handel nicht entbehren kann, wurde die Landwirtschaft zuerst durch die Fürsorge der städtischen Regierungen von Lasten befreit,

bis schließlich die Gleichberechtigung aller Eidgenossen die freie Entwicklung aller Produktionskräfte erlaubte.

Dennoch hat sich die modernere und freierliche Auffassung in der industriellen Produktion unter den bäuerlichen Produzenten noch nicht durchgesetzt. Die schweizerische Landwirtschaft ist auf allen wichtigen Gebieten (Milch, Gemüse, Obst, Fleisch) hinter den modernen Ländern zurückgeblieben, obwohl die Parteien der städtischen Bevölkerung es an Verständnis für bäuerliche Forderungen nicht fehlen lassen, wie auch umgekehrt die *Agrarpolitische Revue* programmatisch die Entwicklung der Landwirtschaft *innerhalb* des Industriestaats verfolgt. Die Niederlage von 1653 ist zwar nur noch eine historische Reminiszenz. Aber das Mißtrauen der Untertanen zu den Herren ist geblieben, und die früheren Herren sündigen heute eher durch Nachgiebigkeit gegenüber rückständigen Produktionsmethoden am Gesamtinteresse. Ob man das als eine Fernwirkung des Bauernkrieges bezeichnen darf, kann in diesem Zusammenhang nicht entschieden werden.

Gewissenskrise in den USA

Die Verfolgung als innenpolitisches Geschäft und als außenpolitischer Dilettantismus durch die McCarthy-Cliquen nähert die Vereinigten Staaten einer moralischen Krise, die heilsam wirken könnte. Viele zu Recht oder Unrecht als frühere Bolschewisten denunzierte Personen stehen vor dem Kongreßausschuß weniger im Dilemma, sich selbst bloßzustellen, als Freunde und Verwandte zu denunzieren. Eine ausgezeichnete juristische Studie in *The Nation* (23) klärt die Frage, ob das verfassungsmäßige Recht der Vorgeladenen, die Aussage über sich selbst zu verweigern, um nicht gegen sich selbst zu zeugen, zur Farce und zum Verfassungsbruch werden soll, wenn die Zeugnisverweigerung mit Entlassung aus Ämtern, Stellungen usw. bestraft, die Zeugnisverweigerung also einer Verurteilung gleichkommt. Da die Verfassung Zeugnisverweigerung nur in eigener Sache erlaubt, machen sich die Einvernommenen strafbar, wenn sie das Zeugnis über die frühere oder gegenwärtige Tätigkeit oder die Verbindung *anderer Personen* mit bolschewistischen Organisationen oder ihren Tarngruppierungen verweigern. Der Einvernommene muß also das Zeugnis in eigener Sache verweigern, will er nicht die Schmach des Denunziantentums auf sich laden, wird dann aber als Zeugnisverweigerer so behandelt, als ob er Bolschewist gewesen wäre, selbst wenn er notorisch Antibolschewist gewesen ist. Infolgedessen fordern integre Persönlichkeiten Amerikas zum Schutz der Gesellschaft vor entehrenden Gewissenskonflikten zu einer Widerstandskampagne gegen den McCarthy-Barba-

rismus auf. Wie einem Artikel in der Wochenzeitschrift *Aufbau-Reconstruction* (25) zu entnehmen ist, dürfte die Forderung *Einsteins* zu einer Non-Cooperation mit den McCarthy-Ausschüssen im Geiste Ghandis tiefe Wirkungen auslösen. In *Preuves* (28) ist ein Brief von *Sidney Hook*, dem marxistischen Soziologen der New-Yorker Universität, veröffentlicht, der eine nationale Bewegung zur Entfernung McCarthys aus dem politischen Leben fordert. Aber wie *Mary McCarthy* — ein Namensdouble — in *The Listener* (1263) behauptet, gibt es in Amerika keine anständige Wochenzeitschrift, die McCarthy unterstützt. Auch die *New York Times Book Review* lehnte es ab, ein Buch McCarthys zu besprechen. Darf man nicht daraus schließen, daß die Macht woanders liegt?

In *The Twentieth Century* (917) analysiert nun John Beavan ein bei Gollancz erschienenenes

Buch über McCarthy' aus der Feder zweier amerikanischer Journalisten, das die Laufbahn eines jeden Politikers in England über Nacht beenden würde; in Amerika schadet McCarthy der Nachweis nicht, daß er selbst zuerst mit kommunistischer Hilfe gewählt wurde und wiederholt mit bolschewistischen Agenten zusammengearbeitet hat. Joe McCarthy gefällt in Amerika, weil er mit dem Dreschflegel politisiert. Schließlich kommt ihm noch eines zugute: die Überraschung der Öffentlichkeit darüber, daß die bolschewistische Infiltration in den USA so riesengroß gewesen ist. Die Paradoxie einer Politik, die mit fanatischen Ex-Bolschewisten Antibolschewismus gegen taktvoll stillschweigende Ex-Bolschewisten betreibt, wirkt auf uns absurd. Aber gibt es in unserem Zeitalter noch eine Lächerlichkeit, die tötet? Das wird uns die Zukunft McCarthys erweisen. FELIX STÖSSINGER